

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

mit der Beilage
„Unsere Heimat“

Nagolder Tagblatt

mit illustrierter Sonntagsbeilage
„Feierstunden“

Veröffentlichung, Druck und Verlag von W. B. Hoffmann (Herrn Walter Nagold).

bestenfalls Stellung im
Oberamt Nagold. —
Wichtiges hat dabei den
besten Erfolg.

Die Redaktion wird von
Herrn Walter Nagold
abgegeben. —
Wichtiges hat dabei den
besten Erfolg.

Telegraphische Adressen:
Gesellschafter Nagold,
Postfachnummer:
Nagold 5115.

Nr. 173

Begründet 1826.

Freitag den 25. Juli 1924

Preis pro Nummer 20.

98. Jahrgang

Tagespiegel

Im Reichstagsauschuss für Aufwertung wurde von Reichsanwalt erklärt, das Reichsfinanzministerium sei „zu sehr beschränkt“, um sich mit der Aufwertung zu befassen; es besteht von der öffentlichen Behandlung dieser Frage nur ein Verbot zu weiterer Spekulation. — Sehr einfach.

Mit Rücksicht auf die noch nicht abgeschlossenen Verhandlungen in London soll die allgemeine politische Lage im Reichstag, die am Freitag beginnt, auf Wunsch der Regierung nicht über Samstag hinaus ausgedehnt werden.

Carl Hauss sollen die deutschen Vertreter anfangs nächste Woche nach London berufen werden. Es wird angenommen, daß die Konferenz noch 14 Tage dauern werde.

Die amerikanischen Bankiers sind nach mehrseitigen Verhandlungen mit Berliner Großbanken über die Unterbringung eines Teils der 800 Millionenanleihe in Deutschland (d. h. bei den Banken bzw. im deutschen Publikum) von Berlin nicht abgerufen.

In Kassel verläßt der Abkömmling der 800 Millionenanleihe sehr unwillig nach Hause. Sie soll 2 Monate nach Ablauf des Kollisions zur allgemeinen Zahlung aufgesetzt werden.

In Amsterdam ist der niederländische Weltkongress in Anwesenheit des Kardinals Schaft-Klein eröffnet worden.

Die norwegische Regierung ist wegen der Ablehnung der von der Regierung beantragten Aufhebung des Brandstreichverbots durch den Landtag (mit 22 gegen 16 Stimmen) zurückgetreten.

Nach der Londoner „Morning Post“ will Herrriot die Moskauer Regierung zu Verhandlungen in Paris über die Fortsetzung der Sozialregierung einladen.

Wer wird in London sprechen?

Die deutsche Mission

Der verstorbenen deutsche Großindustrielle Hugo Stinnes hat am 10. Juli 1924 auf der Konferenz von Spa vor den versammelten Vertretern des Verbands eine Rede gehalten, deren Schärfe und Freimut bei den Siegern wie man sich vielleicht noch erinnert, einige Bestürzung auslöste und auch den Zeitweilen und manchen Erfüllungspolitikern im eigenen deutschen Land nicht sehr gefiel. Die wichtigste Sache aus jener Rede — Stinnes war der erste und bis jetzt letzter deutscher Delegierter der einzige Deutsche, der es wagte, vor versammelter Versammlung den Mund aufzumachen — lautete:

„Ich spreche stehend, damit ich meinen Zuhörern ins Auge sehen kann. Sie werden mir gestatten, freiwillig zu sprechen. . . Wer nicht von der Siegertranche unheilbar befallen ist, weiß, daß mit den jetzt üblichen „Decisionen“ es nicht getan ist. Sie sind das Ohr, durch das die europäische, ja die ganze Welt hören will, was wir Deutschen in einer europäischen Lebensfrage, die ohne unsere tatkräftige Mitwirkung nicht zu lösen ist, zu sagen haben. Ich spreche somit aus nationaler Pflicht, nicht aus Höflichkeit gebildet, hier oder anderwärts. . . Der Friedensvertrag von Versailles hat zwar ein Recht geschaffen, aber ein Recht, das einem armen ausgehungerten Volk abgepreßt wurde. . . Ein Diktat können wir jetzt nicht mehr annehmen. Dafür steht Ihnen noch unsere Vorstellungen auf Grund des Friedensvertrags das Recht nicht zur Seite.“

So der viel angeführte Stinnes in Spa. Wenn er heute während der Londoner Konferenz von 1924 noch lebte und die eingetragene deutsche Regierung ihn etwa als Wirtschaftswissenschaftler mitgehen ließe, er würde wahrscheinlich nicht anders sprechen. Jedes Wort gilt noch. Was Außenminister Dr. Stresemann in London zu sagen hat, wird vorsichtiger und diplomatischer lauten müssen, obwohl er aus derselben Partei hervorgegangen ist, der Hugo Stinnes angehörte und obwohl er angesichts der unglücklichen Siegerhaltung des Verbands vielleicht daselbe denkt und fühlt, wie seinerzeit Stinnes in Spa. Aber die Verbündeten haben ja bereits durch ihre Presse den Wunsch angedeutet, daß das höchste deutsche, das nach London kommen soll, zwar möglichst klein an Zahl sein möge, daß aber unbedingt auch Wirtschaftspolitiker darunter sein sollen, die ernannt sind, freier von der Rede weg zu reden, als die Diplomaten. Wer wird also in London sprechen? Wer wird den großen Mann und ihrem einflussreichen Anhang sagen, wie dem Deutschen ansehnlich ihre Verhandlungsbestimmungen zu Nutze sind und wie schlecht bei ihrer Kommissionsarbeit die europäische Lebensfrage verkommen?

Wochenberufe waren es ja auch in den letzten Tagen in London nicht die amtlichen Regierungsvertreter, denen ein Platz einräumt, sondern die Bankiers von London und ihre amerikanischen Freunde. Mac Donald wurde in aller Morgenfrühe, es war am Montag, von der Mitteilung über-

rocht, daß die englischen und amerikanischen Finanzleute wegen des ganzen schönen Papierwert der Unterausweise Einlass erhoben. Schnell wurden ein paar hochpostulierte Frühstücke und Abendessen veranstaltet. Die Finanzminister Europas mußten mit den Börsengrößen frühstücken, die Ministerpräsidenten mit den Abgeordneten Amerikas und es stellte sich zur archaischen Enttäuschung der bisher so fleißigen Gehémdiplomatie heraus, daß die gesamte anglo-amerikanische Finanzwelt wie ein Mann Widerspruch erhebt gegen die Widerkehr der absoluten Macht der Entschädigungskommission, die auch mit einem amerikanischen Privatmann als Mitglied jederzeit eine Wechheit gegen die angelächlichen Länder bilden könne, zweitens gegen den § 4 des Beschlusses des Ersten Ausschusses, der die Aufrechterhaltung der Rechte der Verbandsstaaten nach dem Friedensvertrag ausdrücklich bekräftigt, und drittens gegen die Absichten der Franzosen und Belgier, die westdeutschen Eisenbahnen durch Einsetzung fremden Personals in der Hand zu behalten.

Die englischen und amerikanischen Finanzleute haben also im Interesse der künftigen Geldgeber das vorausgenommen, was ein Vertreter des deutschen Standpunkts in London vorzubringen hätte. Damit ist aber nicht gesagt, daß die deutsche Sendung für die Londoner Konferenz überflüssig geworden sei. Im Gegenteil, wir müssen uns jetzt erst recht hören! Sie müssen hören, wie man in Deutschland über das bisherige Londoner Geschäftswerk und insbesondere darüber denkt, daß die Franzosen allererstens die Frage der militärischen Räumung des Ruhrgebiets auszuhalten und einer besonderen späteren Pariser Konferenz zuzuführen wollen. Wer wird in London sprechen?

Deutscher Reichstag

Berlin, 22. Juli.

Schluss des Berichts. Für die Kriegsbekämpfung beantragt der Ausschuss eine Erhöhung der Renten und Zuschläge von 40 auf 50 Prozent und für die Kriegsteilnehmer von 1866 und 1870 von 10 auf 15 Mark.

Die Höchsthöhe der Erwerbslosenfürsorge sollen in der Hauptunterstützung 20—25 Prozent, die Familienzuschläge um 50 Prozent erhöht werden. Für Jugendliche soll die Unterstützung schon mit dem 17. (bisher 18.) Lebensjahr eintreten und männliche und weibliche Erwerbslose gleich unterstützt werden.

Abg. Hark (Deutschmet.) verlangt, daß die Sozialversicherung halt des bürokratischen Betriebs in Selbstverwaltung auf berufständlicher Grundlage genommen und daß die Familienzulage um 100 Prozent erhöht werde. Für die Erwerbslosen müsse Arbeit geschaffen werden, die dem Gemeinwohl diene.

Abg. Hoch fordert Erhöhung aller Renten; die Mittel sollen durch eine scharfe Besteuerung der Kaufkraft, Einschränkung der Reichswährungen und einen Steuerzuschlag für Vermögende über 100 000 Mark bestrahlt werden.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns erklärt, die beantragten Erhöhungen könnten in der geforderten Höhe vom Reich, von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern nicht getragen werden. Für die Fürsorgepflicht werde die Regierung bestimmte Grundätze aufstellen. In der Erwerbslosenfürsorge werde sie den Vorschlägen des Ausschusses folgen. Reichsfinanzminister Dr. Luther: Das Reich werde jetzt 15 Millionen Mark aus dem Haushalt für sozialpolitische Zwecke auf, mehr sei unmöglich, sonst bekäme man eine neue Inflation. Eine Erhöhung der Steuern sei nicht mehr durchführbar, viele Steuern haben gekündet werden müssen. Die Besteuerung der Kaufkraftzuschläge würde nicht viel einbringen, sie würde überdies auf die Wirtschaftlichen abgewälzt werden. Eine neue Erhöhung der deutschen Währung würde furchtbare Folgen haben.

Die Londoner Konferenz

London, 24. Juli. Die durch den Widerstand der Bankiers plötzlich veränderte Lage ist noch immer ungeklärt, manche zweifeln schon an einem Gelingen der Konferenz. Man hört sagen, die Bankiers haben die Sache zu weit getrieben oder man begünstigt den amerikanischen Vorschlag Kellogg, daß er die Bankiers angeklagt habe. Nur die Befürchtung, daß die ganze Konferenz scheitern könnte, soll diese noch zusammenhalten. Die amerikanischen Bankiers sollen entschlossen sein, nicht nachzugeben. Andererseits hat Herrriot aus französischen Senatskreisen (Poincarés Hand) Drohungen erhalten, er dürfe keine Zugeständnisse machen, namentlich nicht bezüglich der Rechte der Entschädigungskommission und der Sanktionen. Zarische ist aber, daß die spanische Meinung in Frankreich überwiegend nicht mehr wünscht, daß Herrriot an seinen äusseren Forderungen festhalte, die mit seinem eigenen Regierungsprogramm nicht übereinstimmen und die er sich von der Senatmehrheit (Poincaré) hat aufdrängen lassen.

Die zweite Vollziehung

Gestern nachmittag fand die zweite Vollziehung der Konferenz statt. Währungsbeschlüsse wurden nicht getroffen. Zu erwähnen

ist, daß der dritte Hauptausgang (zur Übertragung der deutschen Zahlungen) beantragt wurde, die Frage zu behandeln, daß man von der deutschen Reichsregierung die Zulage einer trächtigen Förderung der Sachleistungen erhalte, und daß im Verein mit Deutschland der Sachleistungsplan vereinbart werde. Die Frage der Einladung Deutschlands wurde zwei juristischen Sachverständigen, einem Franzosen und einem Engländer, zur Begutachtung überlassen.

Dritter Vermittlungsvorschlag Ichnis

London, 24. Juli. Der belgische Ministerpräsident Thelens hat für die Sanktionen einen dritten Vorschlag gemacht; Diejenige verbündete Macht, die Sanktionen gegen Deutschland verbürgen wolle, solle sich verpflichten, die Verzinsung der 800 Millionenanleihe zu verbürgen. Die Bankiers wollen aber, wie es scheint, von der Entschädigungskommission überhaupt nichts mehr wissen, da sie sich als ein politisches Werkzeug in den Händen derjenigen Regierungen erweisen habe, die in der Kommission vertreten sind.

Die Finanzleute sollen den Frieden diffundieren

New York, 24. Juli. Die amerikanischen Wähler sind über den Widerstand der französischen Abordnung auf der Londoner Konferenz ungehalten. Sie fordern die Bankiers auf, genaue Bedingungen aufzustellen und das Begehren Frankreichs, gegebenenfalls allein gegen Deutschland vorzugehen, entschieden abzulehnen. „Evening World“ schreibt, nach Jahren fortgesetzter Mißgriffe sei es an der Zeit, daß die Finanzleute den Frieden diffundieren. Eine erste Bedingung sei, daß das Ruhrgebiet sofort geräumt werde.

Ein englisches Blatt über das Dawes-Gesetz

London, 24. Juli. Der „Evening Standard“ schreibt: „Zwar verweist der Bericht den Gedanken einer allgemeinen Finanzüberwachung. Aber die von seinen Beratern erfindenen und vorgeschlagenen Methoden sind ja viel wirksamer. — Ein wesentlicher Teil des deutschen Volkseinkommens und der Staatseinnahmen wird direkt in die Taschen der Verbündeten fließen. Deutschlands Finanzkraft wird verkrüppelt werden und seine politische und militärische Kraft nicht minder. Krieg kann schließlich ohne Geld geführt werden, weil eine Regierung im Krieg requirieren kann. Aber Rührung zum Kriege erfordert finanzielle Vorbereitung. Der planmäßige Dawesbericht entwarf also Deutschland viel wirksamer, als irgendeine militärische Überwachungskommission es vermöchte. Die Daweskommission bestand, Gott sei Dank, aus Finanzfachverständigen. Mit einer Geschicklichkeit, die gar nicht genug bewundert werden kann, haben sie sich der Einnahmequelle Deutschlands bemächtigt. Die finanzielle Aufsicht, der die Türkei durch die ottomanische Schuldenkommission unterstellt wurde, ist nicht im Vergleich mit dem Zwang, dem Deutschland jetzt unterworfen wird. Noch niemals ist eine Maßnahme von so scharf ausgeprägter und so schrecklicher Kraft angewendet worden, um ein ganzes Volk auszuquetschen. Noch niemals ist etwas dergleichen einer Nation von fremder Macht aufgezwungen worden.“

Warum Deutschland bezahlen muß

Paris, 24. Juli. Die Pariser Ausgabe der „Daily Mail“ veröffentlicht einen Artikel Poincarés unter dem Titel: „Warum Deutschland bezahlen muß“. Poincaré sagt: „Wenn es die Gerechtigkeit (1) nicht erfordern würde, daß Deutschland die Entschädigungen bezahlt, so würde das Interesse der Verbündeten (2) allein genügen, um die Zahlungen unbedingt notwendig zu machen. Die Sachverständigen haben dies Wahrheit immer ausgesprochen. Die vollständige Durchführung des Dawesplans würde die wirtschaftliche Lage Deutschlands wesentlich verbessern. Deshalb wäre es ganz unvorsichtig, die ohnehin schon leichten Lasten, die die Sachverständigen Deutschland auferlegen, zu verringern. Die Berichte der französisch-belgischen Ingenieur-Kommission beweisen, daß die Lage, die durch die starke deutsche Produktion im

Ruhrgebiet und den allgemeinen Sturz der Beschäftigten zustandenden ist, für die Verbündeten außerordentlich bedauerlich ist. Die deutschen Arbeitslosen sind heute schon in der Lage, ihren Willen auf allen Märkten zu behaupten. Falls die Einschränkungen, die die Belegung des Ruhrgebiets den deutschen Wirtschaft auferlegt, aufgehoben sein werden, wird Deutschland imstande sein, sogar die englische Kohle im Atlantischen Meer und im Mittelmeer zu erzeugen. Alle Nationen haben durch den Krieg gelitten, nur Deutschland hat sich während dieser Zeit bereichert (1) und kann es noch mehr tun. Wenn die Verbündeten geneigt bleiben, so kann die Entwicklung der deutschen Industrie und des deutschen Handels mehr oder weniger eingebremst werden. Wenn aber Deutschland das unendliche Hilfsmittel und seine inneren Staatskräfte besitzt, keine Entschädigungen bezahlen muß, so wird Frankreich und England nur übrigbleiben, auf ihren Trümmern gegenüber einem wohlhabenden Schuldner, der über unfer Geld spotten wird, zu weinen.“ — Wenn das in London nicht hilft!

amt Hoffen
Zelnach.
Holz-
kauf.
ontag, den 4.
n. 9 1/2 Uhr bei
Reinweller aus
ld Gut Horn-
helberg. Neb-
Hoffen: Rem:
41 Postl. 1265
w. unlociert.
Schtr. 3 Postl.
p. 15 Kahr.
griffe durch die
tion. W. J. G.
206
8 U. (in der
Stiche) Best.
u. Vorplatz.
den Leben! (1)
ch; Son. f. Biol.
Od. u. Händel.
Hörspiel:
dich, o liebe
d. n. Sage in
E. G. Hoff.
nehme
Dinge nie
affen, das
en würde
rue sein.
nehme
nko
schmitt
den Rollen
gern sich
n Deitel
enko
Wasch- und
Soda
zim
g von Volks-
r Märchen
ig bei
lung Jaffe
unmühtiges
amer
et zu miere
ucht.
t? (vgl. die
d. Bl. 216
nungen.
neter verkauft
iertag mit
ngen
gen Letzten
35 u. 25 St.
Schulbuchh.
gold. 214
iz. halternd
Moff-
Fag
ein
mmet
aufen.
n Schilde
ertrage.
h, laß neu
gen-
inde
anten 207
us Roll
nungen.



Neue Nachrichten

Die Stellung der Reichsregierung

Berlin, 24. Juli. Als Ergebnis der Beratung des Ausschusses am Mittwoch vormittag wird gemeldet, daß es von der Form der Einladung, die von der Regierung am Donnerstag erwartet wurde, abhängen wird, welche Stellung die Reichsregierung zur Londoner Konferenz nehmen kann. Wenn Deutschland als gleichberechtigt gesehen würde, so würde eine entsprechende Vertretung (Stresemann) notwendig sein. Sollte aber Deutschland nur die Konferenzschritte entgegennehmen und zu unterzeichnen haben, so würde die Entsendung eines Ministerialdirektors genügen, oder man würde die Konferenz erlöchen, die Beschlüsse in Berlin mitteilen zu lassen. Im allgemeinen beurteilt man in den Kreisen der Regierung die Lage nicht ungünstig. Da durch das Angreifen der Amerikaner bezüglich der Wiederherstellung der wirtschaftlichen und finanziellen Hoheit des Reichs im besetzten Gebiet französische Sonderbestrebungen verdrängt werden seien. Vor der ständigen Bedrohung mit Sowjetunion müsse das Reich befreit werden. Wenn ferner auf der Konferenz immer von „Verhandlungen“ Deutschlands gesprochen werde, so müsse festgestellt werden, daß das Souveränitätsrecht des Reichs nicht verletzt werden könne, sondern daß es ausdrücklich von Beobachtungen oder vorläufigen Beschlüssen spreche. Die Franzosen seien eher bereit, den großen Unterschied immer zu verweisen, als die Verantwortung der Durchführung des Dawesplans ist die Entschädigungskommission nicht die geeignete Stelle. Deutschland müsse auch alles daran setzen, daß über die Rheinungesetz des letzten Jahres keine Klärung herbeigeführt werde. Nach der Inkraftsetzung des Gesetzes müssen die Behörden ihre Befehlsbefugnisse selbst beibehalten, weshalb die Reichsregierung mit einer erheblichen Beeinträchtigung der Befugnisse auch im Rheinland rechnen. Die Stellung zum Völkerbund sei nicht ablehnend, die Regierung halte den Zeitpunkt des Beitritts aber noch nicht für gekommen.

Unterstützung der Ausgewiesenen

Berlin, 24. Juli. Nachdem die kürzlich bewilligten 5 Millionen Goldmark zur Unterstützung der in die besetzten Gebiete Heimkehrenden aufgebraucht sind, hat das Reichsministerium, vorbehaltlich der Zustimmung des Reichstags, die Rückführung durch das Reich, die weitere Summe von 3 Millionen Goldmark für diesen Zweck anzuweisen.

Weitere Begnadigungen

Berlin, 24. Juli. Der stellvertretende französische Minister des Auswärtigen, Renaud, hat dem deutschen Botschafter eine weitere Ausdehnung der Begnadigungen für Ausgewiesene und Befreiung in Aussicht gestellt, sobald eine Regelung der ferneren deutsch-französischen Beziehungen durch die Londoner Konferenz erfolgt sei. — Aber ihre Wohnungen erhalten die Ausgewiesenen nicht zurück.

Die vorläufige Saargebietregierung

Brüssel, 24. Juli. Die vorläufige (vollständig französisch beeinflusste) Regierungskommission des Saargebietes legt in ihrem Verwaltungsbereich für das zweite Halbjahr 1924 an das Völkerbundsekretariat die wirtschaftliche und soziale Lage des Gebiets in sehr befriedigender Weise dar. Sie behauptet keine Wirtschaftskrise, wie von anderer Seite behauptet wurde, sondern nur gewisse Schwierigkeiten, die man nicht übersehen dürfe.

Feststellung in Rom

Rom, 24. Juli. Der große Rat der Regierungen hat beschlossen, daß der Tag des „Marsches auf Rom“, der 28. Oktober, durch die Beendigung der Wahlen festlich begangen werden soll. Ein großer Teil der Wähler solle zu diesem Zweck in Rom zusammengekommen werden.

Die Londoner „Times“ begünstigt, daß die Macht Wölfe bleibe, die auf unumkehrbarer Gewalt beruhe, auf die Dauer bestehen könne. Einen dauerhaften Ordnungszustand im so heißen und politischen Leben Italiens könne sie nicht schaffen.

Mit dem heutigen Tage müssen gemäß dem Pressegesetz die Senatoren und Abgeordneten, die bisher eine Zeitung verantwortunglos geleitet haben, diese Stellung aufgeben. Das „Corriere della Sera“ wagt schon Befreiung unter Verzicht auf Mittelung.

Der Unfall in Brasilien

Newport, 24. Juli. Nach einer Meldung aus Santos sollen die Luftschiffe die Bundesstrassen um einen schweren Unfall erlitten. Der Präsident der Republik soll getötet worden, daß die Luftschiffe sich bedingungslos unterwerfen müssen.

Württemberg

Stuttgart, 24. Juli. Herabsetzung der Fremdenwohnsteuer. In einer Besprechung mit Vertretern der Presse wandte sich Oberbürgermeister Dr. Lautenschlager gegen die Auffassung, als ob die Stadt Stuttgart in Geldschwemme. Die vorhandenen Gelder dürften nicht mehr bleiben und die Stadt könne gar nicht genug Grundbesitz haben. Aus diesem Grund habe die Stadt in letzter Zeit größere Liegenschaftskäufe vorgenommen. Der Fremdenverkehr habe bedeutend nachgelassen. Beabsichtigt ist eine Herabsetzung der Fremdenwohnsteuer, jedoch nicht ihre gänzliche Aufhebung. Der Betrag dieser Steuer war mit 600 000 Mark in den laufenden Haushaltsplan eingestellt. Für das nächste Jahr wurde eine große Landesgewerbeausstellung in Aussicht genommen.

Parlamentarische Anfrage wegen der Bauernfrage. Die sozialdemokratischen Abgeordneten Koll, Hildebrand und Hoffmann haben im Reichstag eine kleine Anfrage eingebracht, ob die Reichsregierung die Veranstaltung der Bauernfrage in Württemberg für vereinbar mit der Reichsverfassung halte, was sie dagegen zu tun gedenke und ob sie es im Interesse Deutschlands liegend ansehe, daß

Kriegsmehr als an diesen Veranstaltungen teilnehmen. Und daß eine politische Partei Schließungen mit Infanterie, Artillerie und Karabinern ablehne.

Kriegsopferfest. Am 3. August sind nach amtlicher Mitteilung alle genehmigungspflichtigen Veranstaltungen von Parteien verboten.

Schreierverein und Co. Oberschulrat. Dem Vorstand des Württ. Lehrervereins geht eine folgende Erklärung zu: Der Gesamtverband des Württ. Lehrervereins weist die Presseangriffe wegen der Zugehörigkeit von Mitgliedern des Co. Oberschulrats zu der Vereinstellung mit aller Entschiedenheit zurück. Das verfassungsmäßige Recht, sich in einem Vereinsamt zu betätigen, muß auch Mitgliedern von Behörden ungeschmälert erhalten bleiben.

Stuttgart, 24. Juli. Ehrenpforten. Ministerialrat Robert Wendling im Kultusministerium ist wegen seiner Verdienste um die Neugestaltung der rechtlichen Beziehungen zwischen Staat und Kirche in Württemberg von der juristischen Fakultät der Universität Tübingen zum Ehren doktor ernannt worden.

Schwurgericht. Der 19jährige Hilfsarbeiter Karl Bräuning von Württemberg O. A. Leinberg verurteilt am 10. Mai in der Sägmühle Arnold eine 43jährige Dienstmagd zu verewaltigen. Der zu Hilfe eilende Schwiegerohn Arnolds, der Bauer Hettich, wurde von Bräuning erschossen. Verurteilung wurde zu 5 Jahren 2 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Tom Tage. In der Testische in Cambs hat sich ein 42jähriger herrenloser Kaufmann erschossen.

Aus dem Lande

Schöberg O. A. Waiblingen, 24. Juli. Zeichenfärbung. Die Leiche der vermißten Anna Maier wurde unterhalb der Reiferbrücke gefunden.

Blüderhausen, 24. Juli. Besichtigung. Der Gemeinderat hat beschlossen, beim Staatsministerium die Postvermittlung vom Bezirk Blüderhausen und den Anschließern an das Oberamt Schorndorf zu beantragen.

Kleingarten, 24. Juli. Verurteilung. Der 43jährige Wegger und Wirt Robert Steinarth ist in der Scheuer abgehängt und war sofort tot.

Nordheim, O. A. Bradenheim, 24. Juli. Falschmünzer. In einem hiesigen Freizeitgeschäft gab ein junger Mann einen falschen Willonschein aus. Der Landjäger wurde verständigt und nahm den Mann fest. Er stammt aus Pforzheim und trug noch 40 falsche Stücke bei sich.

Hall, 24. Juli. Günstiger Abschluß. Die Haller Pfingstfestspiele haben einen Ueberschuß von über 4000 Mark gebracht, ungenutzt die vorhandenen Anschaffungen. Die Aufführung im Jahr 1914 hatte mit einem Zuschuß von 415 Mark abgeschlossen. Der jetzige Ueberschuß soll zur Anschaffung weiterer geschichtlicher Trachten usw. für künftige Festspiele verwendet werden.

Mergenthal, 24. Juli. Turnier. Dem Beispiel der größeren Badorte im übrigen Deutschland folgend, hat sich die Kurverwaltung entschlossen, am 16. und 17. August ein großes Reit- und Fahrturnier abzuhalten. Dressurprüfungen, Jagdspringen, Fahrprüfungen und sonstige reitliche Vorführungen bilden das Programm. Auch ein landlicher Reiterverein wird eine Abteilung von jungen Bayersöhnen auf selbstgepognen Pferden vorführen. Am Sonntag, den 17. August, werden Sonderzüge von Stuttgart und Würzburg nach Mergenthal zu außerordentlich billigen Preisen geführt werden. Es ist dies eine nie wiederkehrende Gelegenheit sich die alte Deutschordensstadt Mergenthal, kein Bad und eine erstklassige Reit- und Fahrsporthe Veranstaltung anzusehen. Wegen des Sonderzugs wende man sich an den Verkehrsverband Württemberg-Hohenzollern, Stuttgart, Hauptbahnhof, Lustanstalt.

Tübingen, 24. Juli. Erhängt. Im Thor des Hauptbahnhofes hat sich ein etwa 50jähriger unbekannter Mann erhängt.

Tübingen, 24. Juli. Konkurs der Gewerbetant. Ueber das Vermögen der Gewerbetant ist nunmehr das Konkursverfahren eröffnet worden.

Rosenburg, 24. Juli. Beihwechsel. Der ungefähr 40 jährige Baumgarten am Wegentaler Weg, der Frau Kaufmann Helga Witwe hier gehörig, wurde vom Bistum um 14 000 Mark angekauft.

Müßingen a. Steinhilf, 24. Juli. Das Pferd im Keller. Dieser Tage lief ein Pferd, statt in das Stoppel zu gehen, dem Hausgang zu, wog sich durch die offene Kellerstiege und rutschte in der Kniebeuge die schmale Kellerstufe hinab. Mit Würde konnte der Anstreicher unter Anlegen von Seilen und Stricken und unter Aufgebot der ganzen Nachbarschaft ohne besondere Verletzungen wieder aus Logenlicht geholt werden.

Ulm, 24. Juli. Lebensrettung. Der Vorkämpfer des 1. Schützenvereins, Dentist Albert Ritter, rettete unter Einwirkung des eigenen Lebens eine zu Besuch weilende Dame von Regensburg aus der Donau.

Biberach, 24. Juli. Verunglückt. Der Landwirt Müller von Weppertshausen fiel auf dem Heimweg von Ochsenhausen, wo er zum Mitfahren eingeladen worden war, an einer Bergabiegung vom Wagen und erlitt tödliche Verletzungen.

Grünstadt, O. A. Ravensburg, 24. Juli. Unfall. Beim Baden des Hüllers für ein Hochzeitsfesten erlitt sich dieser und sich dem Bauernsohn Johann Fuhs die rechte Hand weg, ferner erlitt er an der linken Hand und im Gesicht schwere Brandwunden.

Ulm, 24. Juli. Ein Tischhämmer für Rentner und Kleinkapitalisten. In einer gemeinsamen Sitzung des Vorstandes und Ausschusses der Bezugs- und Abgabengesellschaft Oberes Jagsttal und Härtsfeld, St. Ulm, wurde, vorbehaltlich der Genehmigung der Generalversammlung, der einstimmige Beschluß gefaßt: Die Geschäftsstelle der Genossen sowie Ne der Genossen-

schaft gegebenen Darlehen werden nach Friedensmord vollkommen aufgewertet. Der Zins wird in Friedenshöhe nach und weiterbezahlt. Angehängt wurde die Bedingung: Der Pächter verpflichtet sich, das Kapital vor 1. Januar 1932 nicht zu kündigen. Die Genossenschaft behält sich eine frühere Rückzahlung vor. Kleine Darlehen werden getilgt und zurückbezahlt, sofern der Geber das Darlehen nicht erlösen will oder kann.

Aus Baden.

Karlsruhe, 24. Juli. Der diesjährige Landesparteitag der Zentrumspartei findet am 28. September in Radolfzell statt.

Esslingen, 24. Juli. Der Bürgerausschuß hat den Ueberschuß für Grund- und Hausbesitz von 44 auf 41 Pfennig und für das Betriebsvermögen von 60 auf 58 Pfennig herabgesetzt. Die Ueberschüsse in England (zu etwa 8 Prozent, zusammen mit anderen böhmisches Städten) soll für Esslingen 200 000 M betragen gegen Verpfändung der städtischen Werke und des städtischen Waldbesitzes. Mit 40 gegen 19 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen wurde die Aufnahme der Ueberschüsse in Ueberschuß genehmigt. Das Schulgeld der Gewerbe- und Handelsschule wurde von 24 auf 16 M herabgesetzt.

Heidelberg, 24. Juli. Der Stadtrat hat sich heute nachmittag erneut mit der Oberbürgermeister, und der Vorstand des Stadtrats beschäftigt, da der Oberbürgermeister Dr. Wolf die Mitteilung der Stadtratsbeschlüsse vom Montag nicht beantwortet hat.

Aus Stadt und Land.

Radolfzell, den 25. Juli 1924.

Eine notwendige Maßnahme. Mit dem Ende der Woche wird, nach Berliner Meldungen, die Postzeit aufgehoben, daß auf Postämtern und Reichspostanstalten nur mit Notentwurf geachtet werden kann. Es werden fortan bis zum Betrage von 40 M alle zugestellten Zahlungsmittel angenommen werden. Die nun vor der Aufhebung stehende Postzeit war eine ständige Ursache von Streitigkeiten an den Poststationen.

Falschgeld. Es ist Anlaß gegeben, wiederholt darauf hinzuweisen, daß von den Zwei-Goldmark-Scheinen des württembergischen wertbeständigen Reichs in letzter Zeit verschiedene Fälschungen auftraten, die sich von den echten Scheinen dadurch unterscheiden, daß das Wasserzeichen des Papiers durch Aufdruck einer ähnlichen Zeichnung mit Ischiolium fest vorgezeichnet ist. Außerdem sind die falschen Scheine kaum leicht erkennbar, daß in dem Wort „Unterlegten“ der letzten Zeile des klein gedruckten Textes ein kurzer wogerechter Strich durch das „t“ geht, so daß sich das Wort wie „Unterlegten“ liest.

Zahl Steuern.

Der Reichsfinanzminister Dr. Ullrich gab am Dienstag Auskünfte über die gegenwärtige finanzielle Lage des Reichs und machte bei dieser Gelegenheit Mitteilungen, die weite Verbreitung in der Öffentlichkeit verdienen, da sie zeigen, daß eine gewisse Sorglosigkeit des Publikums und eine gewisse Unterschätzung der Steuerzahler in einem sehr hohen Maße zu erkennen zu lassen. Drei Forderungen werden von den verschiedensten Seiten immer wieder an das Reichsfinanzministerium gerichtet. Diese sind:

1. das Bestehen, Steuern auf längere Fristen zu zahlen, da die Steuern nicht in der Lage seien, zu zahlen,
2. die Aufforderung an das Reich, aus öffentlichen Mitteln wirtschaftliche und finanzielle Aufgaben von großer Wichtigkeit, zum Beispiel durch Kreditgewährung, zu erfüllen,
3. die an sich unverständliche Forderung, eine neue Position zuzulassen.

Hierzu bemerke der Finanzminister: eine allgemeine Stundung von Steuern sei ausgeschlossen, da das Reich nicht auf die Zahlungen derjenigen Kerne verzichten kann, die tatsächlich imstande sind, den Steuerpflichtigen nachzukommen, da ein Teil der Wirtschaft nach Eintritt der Stabilisierung der Mark wieder über erhebliche finanzielle Reserven verfügt. Selbstverständlich werde bei den Besitzern und wirtschaftlichen Vermögenswerten Grundbesitz den einzelnen Vermögenswerten entgegen und Stundung bewilligt. Dies ist aber nach Natur der Sache ganz ausgeschlossen bei der Umsatzsteuer. Wollte unbegrenzt sei es, daß man in einem Atemzuge der Regierung die Steuerleistungen vorantsetze und andererseits sie zur Steigerung der Ausgaben veranlassen würde. Man werde immer auf den Standpunkt von öffentlichen Geldern bei der Reichsbank. Dabei dürfte man nicht übersehen, daß die Reichsregierung im Juli erhebliche Beträge von Rentenmarkkrediten, den Abschlagszahlungen auf die Reichsbank verkauft habe, um der Erde in den öffentlichen Kassen zu begegnen. Man müsse dabei berücksichtigen, daß das Reich von dem Augenblick der Stabilisierung bis heute nur deshalb durchgekommen sei, weil ihm neben den laufenden Einnahmen große besondere Einnahmen, so zum Beispiel aus den Rentenmarkkrediten, den Abschlagszahlungen auf die Einkommensteuer aus dem Vorjahre, zur Verfügung standen habe. Ende 1924 wird jedoch alles verdrängt sein, einschließlich der letzten 100 Mill. Mark aus dem Rentenmarkkredit. Dann sei das Reich angezogen auf die laufenden Steuereinnahmen, die bekanntlich die laufenden Ausgaben nicht decken, sondern nach dem Vorschlag für das Geschäftsjahr 1924 einen Fehlbetrag von 470 Mill. Goldmark aufweisen. Die Mark muß unter allen Umständen stabil erhalten werden. Es ist deshalb notwendig, die bevorstehende, sofortige Einstellung des Volkes zur Frage der Steuerzahlung rechtzeitig zu bestimmen.

Arbeitsnachweis Radolfzell. (1. August). Der vorläufige Verwaltungsausschuß hat in erster Linie bei der Aufstellung der Bilanz für den öffentlichen Arbeitsnachweis mitgewirkt, auf Grund deren dann binnen 6 Monaten der endgültige Verwaltungsausschuß zu bilden ist. Er hat aber bis dahin auch alle anderen dem Verwaltungsausschuß durch das R. A. G. übertragenen Aufgaben zu erfüllen. Es ersucht sich, von vornherein vorzugeben, daß die Mitglieder des vorläufigen Verwaltungsausschusses nach Errichtung der Bilanz über



Amliche Bekanntmachungen.

Fürsorgeverwaltung.

Die Oberamtspflege, die Bezirksfürsorgebehörde und die Ortsfürsorgebehörden werden auf die Bekanntmachung der Württ. Landesfürsorgebehörde vom 21. Juli d. J. (Staatsanz. No. 167 S. 6) zur gemauerten Nachachtung hingewiesen. 234 Nagold, den 24. Juli 1924.

Oberamt: Mülling.

Aufforderung an die Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereinigungen zur Einreichung von Vorschlagslisten für den vorläufigen Verwaltungsausschuss des öffentlichen Arbeitsnachweises.

Das Arbeitsministerium hat auf Grund des R. N. G. vom 22. VII. 1922 (R. G. Bl. I S. 657) durch Gesetz vom 16. Juli 1924 den Oberamtsbezirk Nagold als Bezirk für das Arbeitsamt Nagold festgesetzt und bestimmt, daß die Amtskörperschaft Nagold die Verwaltung des Arbeitsnachweises zu übernehmen hat. Rannmehr ist für den Arbeitsnachweis ein vorläufiger Verwaltungsausschuss zu bilden.

Zu Beisitzern sollen mindestens je 3 Arbeitgeber u. Arbeitnehmer — darunter mindestens auch Frauen — bestellt werden; für jeden Beisitzer ist ein Stellvertreter zu bestellen.

Die in dem Bezirk des Arbeitsamtes vorhandenen wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden deshalb aufgefordert, die spätestens 5. August Vorschlagslisten beim Oberamt Nagold einzureichen.

Zu Vorschlägen berechtigt sind nur reine Arbeitgeber bzw. Arbeitnehmervereinigungen, die Parteien eines Tarifvertrags sein können.

Zu Beisitzern bestellt werden können nur solche Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die Reichsangehörige, mindestens 24 Jahre alt und seit mindestens 6 Monaten in dem oben genannten Bezirk des Arbeitsamtes wohnhaft oder beschäftigt sind. Eine Darlegung aus der hervorgeht, daß diese Voraussetzungen bei den einzelnen Vorgesetzten vorliegen, ist den Vorschlägen anzuschließen. Den Beisitzern können angemessene Taggelder und Ersatz der Reisekosten gewährt werden.

Wenn die Arbeitgeber- und die Arbeitnehmervereinigungen sich nicht auf je einen Vorschlag einigen — diese Einigung wäre auch für das Zusammenarbeiten im Verwaltungsausschuss sehr zu wünschen — so müssen die Arbeitgebervereinigungen die Zahl der von ihren Mitgliedern im Bezirk des Arbeitsamtes beschäftigten Arbeitnehmer, die Arbeitnehmervereinigungen die Zahl ihrer Mitglieder im Bezirk des Arbeitsamtes angeben, da hiernach die Sitze verteilt werden. Für die Bestellung ist die Reihenfolge in den Vorschlagslisten maßgebend. Nagold, den 24. Juli 1924. Oberamt: 233 J. A.: Metzke No. Amtmann.

Ver. Lieder- u. Sängerkranz Nagold.

Am Sonntag, den 27. Juli, von nachm. 2 Uhr ab, veranstaltet der Verein auf dem Stadtpark ein

Sommerfest

mit Gesangs- u. Musikvorträgen.

Die verehel. aktiven u. passiven Mitglieder werden hierzu freundlichst eingeladen.

Falls bei zweifelhaftem Wetter die Veranstaltung trotzdem stattfindet, wird die Stadtkapelle um 1/2 1 Uhr durch die Stadt marschieren.

Der Vorstand: Wieland.

NR! Verkäufer, die nicht von der Veranstaltung zum Postplatz keinen Zutritt.

Schillingen-Pfrendorf.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns Sie, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer

am Sonntag den 27. Juli 1924

stattfindenden Hochzeitsfeier in das Gasthaus zum Adler in Schillingen freundlichst einzuladen. 237

Friedrich Lutz ♂ Marta Brenner

Bierbrauer ♂ Tochter des Jakob Brenner in Schillingen. ♂ Eisenermeister in Pfrendorf.

Stichgang 1 Uhr.

Wir bitten, dies hat jeder besonderen Einladung entgegennehmen zu wollen.



Schwarzwalder-Verein Nagold.

Nächsten Sonntag Frühwanderung

in der näheren Umgegend. Treffpunkt 6 Uhr am h. d. Turmhalle.

Als Abführung des Sonderbeitrags für das Gedächtnishaus auf d. Fehrenhöhe wird eintritt. Der Vorstand.

Nagold. 231

Gasthof z. Löwen

Sonntag, 27. Juli 1924



Tanz-Unterhaltung bei guter Streichmusik.

Ein junger 203

Bursche

für Viehstall, der auch melken kann, sowie ein jüngerer

Mädchen

für Küche und Haushalt finden Stelle bei

G. Wolber, Schwarzenkreuzer Nagold.

Bienenzüchter-Berein Nagold.

Sonntag 27. Juli nachmittags 4 Uhr in Pfrendorf im Hofhaus zur Stunde 215

Zußer-Versammlung.

Landesverband: Vortrag über Pflege d. Schwärme u. Völkern im Nachsommer u. a. Zußerjahr. Beschiebenes. Um zahlreiche Beteiligung und pünktl. Erscheinen bittet. Der Vorstand.

Pfrendorf, den 24. Juli 1924.

Trauer-Anzeige.

Lieferkühler machen wir Verwandter, Freunden und Bekannten die schmerzliche Mitteilung, daß mein unorgelicher lieber Sohn, unser guter Bruder, Schwager und Onkel

Adolf Renz, Metzger

durch einen Unglücksfall in Comcourt (Frankreich) am 14. Juli im Alter von 26 1/2 Jahren den Tod gefunden hat.

Um stille Teilnahme bittet: die tiefbegrübte Mutter:

Helene Renz, stilllebende Witwe mit ihren Söhnen.

Trauer Gottesdienst am Sonntag den 27. Juli vorm. 10 Uhr.



Henkel's Bleich- u. Waschmittel

gibt schneeweiße Wäsche spart Seife und erspart die Rasenbleiche. Völlig unschädlich. — OHNE CHLOR



große Hundebörse im Wolfhorn in Hatterbach.

Nächsten Sonntag 234

Für sofort oder später suchen jüngeres fleißiges Mädchen. Frau M. Schwehle, med. Werkstätte, Nagold. 232

Verbands-Schachteln in jeder Größe empfohlen Buchhdlg. Zaiser.

Fahrradgummi Viele Aufträge u. Nachbestellungen sind der beste Beweis meiner Leistungsfähigkeit und guten Ware. 93 Machen Sie ein Versach. Fahrradmantel 2,70 prima Qualität 3,50 extra prima Qual. 3,25 Gebirgsmantel 4,25 u. 4,75 Fahrrad-Schläuche extra prima Qualität 93 u. 1,15

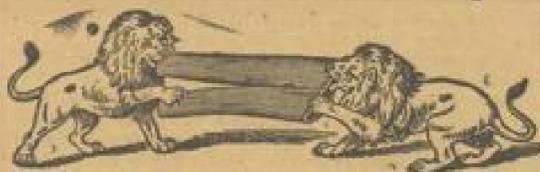
Schreibmaschine — Steiner-Rekord — zu verkaufen. Wer? sagt die Geschäftsstelle d. B.

Eine 38 Wochen trüchtige ältere, gute 208

Fahrräder Nähmaschinen Auf Wunsch Teilzahl. Katalog gratis. Emil Levy Hildesheim 406.

Milchkuh hat zu verkaufen. Paul Saiser, Hatterbach.

Unter die Löwen Afrikas können Sie gehen, 21



wenn Sie Hosen von M. Schloss in Nagold tragen.

Verkaufe enschreiblichkeithalb. verschied. sehr gut erh.

Weinfässer

von 20 Liter an aufwärts, sowie ca 10 Ztr. Stroh.

Fr. Prof. Tel. 3. Wildberg. 221

Anzeigen

für die Samstags-Nummer wollen heute noch aufgegeben werden.

Geschäftsstelle des Gesellschafter.

Reizende kleine Geschenkbeigaben sind: Notizbücher, Herzblocks, Pappschachteln z. Füllen, Einklebe-Album, Gästebücher, Poestis- u. Tagebücher, jed. Brieftaschen u. Geldmappchen.

Die in geschmackvoller Auswahl zu haben sind bei G. W. Zaiser, Nagold.

Ad. Reinhardt

Teigwarenfabrik

Effringen, Fernsprecher Nr. 2

empfiehlt 103

Bandnudeln, Suppennudeln

Maccaroni, Hörnchen

in nur besten Qualitäten.

Nur an Wiederverkäufer.

Kulturatlanten

in Welt und Bild eine Quelle der Belehrung für Schule und Haus

find:

Deutsche Kultur des Mittelalters im Bild, Mittelaltliche Kultur im Bild, Griechische Kultur im Bild, Römische Kultur im Bild, Schreib- und Buchwesen einst und jetzt.

Vorständig bei

Buchhandlung Zaiser, Nagold.

Füllfederhalter

verschiedene Fabrikate mit echten Gold- oder Ersatzfedern preiswert zu haben bei G. W. Zaiser, Nagold.

